

## **NZZ-Podium vom 16. Mai 2013**

### **«Arabischer Frühling» – eine Illusion?**

*Von Kurt Pelda*

Mit dem «arabischen Frühling» ist es ein bisschen wie mit der Börse. Wenn die Aktienkurse steigen, interessiert sich die ganze Welt dafür. Es entsteht eine Euphorie. Man guckt hin. Man spricht darüber.

Doch wenn die Kurse fallen – das zeigen wissenschaftliche Untersuchungen – schwindet das Interesse rapide. Die Leute wollen den aktuellen Kursstand gar nicht mehr wissen. Man guckt weg und versucht, das Debakel zu verdrängen.

Seit die Islamisten in Tunesien und Ägypten die Wahlen gewonnen haben, ist die Euphorie über den «arabischen Frühling» verfliegen. Mancherorts spricht man bereits vom «arabischen Herbst». Die höchst unterschiedlichen arabischen Staaten werden zunehmend in einen Topf geworfen, auch von den Medien. Als die grossen Profiteure der Revolutionen gelten nun plötzlich Islamisten und al-Kaida. Es sieht so aus, als ob die Extremisten die Revolutionen gekapert hätten.

Und im Westen entsteht der Eindruck, man könne nichts dagegen tun. Am besten sei es, sich aus dem ganzen Handel herauszuhalten. Man zieht sich zurück, beschäftigt sich mit den eigenen Problemen, die es ja gerade in Europa im Überfluss gibt. Wir tun so, als ob wir es schon immer gewusst hätten. Dass die Araber seit Jahrhunderten rückständig seien. Dass sich Demokratie und Islam einfach nicht vereinbaren liessen. Viele Medien machen diesen Rückzug gerne mit. Sie müssen Kosten senken, und Journalisten nach Libyen oder ins syrische Kriegsgetümmel zu schicken, ist teuer und riskant. Wer möchte schon die Verantwortung dafür übernehmen, wenn ein Korrespondent angeschossen, entführt oder gar getötet wird? Viel günstiger ist es, die Analyse anhand von wackligen Youtube-Videos vorzunehmen, ein paar Agenturmeldungen zu sichten und den tief schürfenden Leitartikel dann in die Tasten zu hauen, ohne das Büro je zu verlassen. Die Recherche an Ort und Stelle wird immer

mehr durch «Analysen» mittels Internet verdrängt. Damit öffnet sich die Schere zwischen der komplexen Realität und der gefühlten Wirklichkeit in den Redaktionsstuben, den häufig vorgefassten Meinungen. Manchmal sind absurde Fehldiagnosen die Folge.

Besonders anfällig für diese Art von Ferndiagnosen sind die deutschsprachigen Medien – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Ich habe den libyschen Bürgerkrieg von Anfang an miterlebt und habe Syrien mitten im Konflikt bisher fünfmal bereist. Warum trifft man dort neben den anglofonen Kollegen so viele Spanier, Italiener, Franzosen und selbst Türken an, aber kaum Deutsche, Schweizer oder Österreicher?

Ich will Ihnen ein paar Beispiele geben, wie die Berichterstattung mittels Ferndiagnose zu Fehlprognosen geführt hat. Vor zwei Jahren, als die Nato-Kampagne in Libyen an Ort und Stelle zu treten schien, sagten viele unserer Medien das Auseinanderbrechen Libyens voraus, sollten die Rebellen jemals die Macht übernehmen. Man sprach von somalischen Zuständen, Stammeskonflikten, vom Ausbruch der Anarchie. Selbst der Irak wurde als negatives Vergleichsbeispiel herangezogen. Das machen die Medien im Übrigen auch jetzt im Fall von Syrien. Das ist absurd, denn es ist eine Sache, wenn eine in grossen Teilen des Volks verankerte Rebellenbewegung einen unpopulären Diktator bekämpft, und eine ganz andere, wenn eine ausländische Streitmacht in ein Land einmarschiert und ein Regime stürzt.

Als Libyens Bürgerkrieg im Oktober 2011 zu Ende ging, brach das Land nicht auseinander, und es kam nicht zur Anarchie. Im Gegenteil, innerhalb kürzester Zeit gelang es der Regierung, die Erdölproduktion wieder auf das Vorkriegsniveau hochzufahren – entgegen allen Prognosen. Zwar weigerten sich die verschiedenen Rebellengruppen, ihre Waffen abzugeben, aber trotzdem blieb es im Land weitgehend friedlich. Libyen machte sich daran, die ersten freien Wahlen in seiner Geschichte vorzubereiten.

Da schritten die Medien schon zur nächsten Fehlprognose. Das Prinzip: Wir extrapolieren einfach die Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten – und übertragen sie auf Libyen.

Es kam dann trotzdem ganz anders: Obwohl die Bärtigen dank Unterstützung aus den arabischen Golfstaaten im Wahlkampf am meisten Geld ausgeben konnten, erhielten

die Islamisten am Schluss zusammen nicht einmal 13 Prozent der Stimmen. 13 Prozent.

Vor den Wahlen war ein islamistischer Rebellenchef und ehemaliger Al-Kaida-Mann durch die westlichen Medien gegeistert. Ihm sagten die Medien eine glänzende Zukunft in der künftigen libyschen Regierung voraus. Dieser Islamist, sein Name ist Abd al-Hakim Belhaj, hatte bei den Wahlen im Juli 2012 dann aber nicht die geringste Chance. Seine Partei, von Katar mit Millionen unterstützt, errang keinen einzigen Parlamentssitz, einfach null. Und dann verschwand Belhaj einfach in der Versenkung. Die internationalen Medien, die aus Tunesien und Ägypten noch erschöpfend und korrekt berichtet hatten, lagen in Libyen also total daneben. Und ganz ähnlich ist es heute leider auch im Fall von Syrien.

Doch bevor wir uns dem syrischen Morast widmen, sollten wir einer ganz wichtigen Frage nachgehen. Warum verlief in Libyen so vieles anders als in Ägypten oder Tunesien?

Erstens spielt es offenbar eine ganz wichtige Rolle, ob ein Diktator mit relativ wenig vergossenem Blut gestürzt wird oder ob dafür zuerst Zehntausende Menschen in einem brutalen Bürgerkrieg ums Leben kommen müssen. Wer so viel Leid auf sich nimmt, um ein Regime wegzufegen, der überlegt es sich zweimal, ob er die frisch gewonnene Freiheit an der Wahlurne gleich wieder aufgibt und sich dem Joch der Islamisten unterwirft.

Für den Misserfolg der Islamisten gab es aber noch einen zweiten Grund: Die Libyer sahen die Muslimbruderschaft, die ja aus Ägypten stammt, als ein fremdes, ausländisches Element an. Auch Islamisten wie Belhaj, die von Katar unterstützt wurden, waren den äusserst nationalistischen Libyern ein Dorn im Auge. Man war Katar zwar für die Waffenhilfe während des Kriegs gegen Ghadhafi dankbar, doch verboten sich die Libyer danach Katars ständige politische Einmischung in ihrem Land. Und so wurden die Marionetten des kleinen Golfemirats in Libyen an der Urne abgestraft, genauso wie die Muslimbrüder, die als Importprodukt aus Ägypten galten. Drittens fiel die Saat des Islamismus in Libyen auf einen viel weniger fruchtbaren Boden als in Ägypten, weil es in Libyen nicht die Slums und die Armut gibt, die für Ägypten typisch sind. In Ägypten hatten sich die Muslimbrüder jahrzehntelang um die Armen in den Elendsvierteln gekümmert. Damit schafften sie die Basis für ihren

späteren Wahlsieg. In Libyen spielte sich dagegen Ghadhafi als Retter der Armen auf. Er gab den Islamisten keinen Raum für Almosen- und Missionstätigkeit.

Und nun kommen wir zum vierten und wichtigsten Grund, warum Libyen heute nicht von Islamisten regiert wird. Es war die Intervention Frankreichs und später der Nato, die der Rebellion gegen Ghadhafi Mut und Hoffnung gab. Ohne die Flugverbotszone und die westlichen Luftangriffe wäre Ghadhafi wahrscheinlich noch heute an der Macht. In Libyen ist das fast jedem Kind bewusst. Das hat nicht nur eine tiefe Dankbarkeit gegenüber Frankreich und dessen Verbündeten ausgelöst. Es hat auch dem Image der Demokratie unglaublichen Auftrieb gegeben – und das in einem äusserst konservativen und religiösen Land.

Die westlichen Demokratien – mit Ausnahme einiger Staaten, wie Deutschland – halfen den Libyern, ihren Diktator loszuwerden. Selbst hier in der neutralen Schweiz erhielten die Rebellen diskrete Unterstützung, vor allem, als es darum ging, Pläne für den Schutz und die Befriedung der befreiten Hauptstadt Tripolis zu schmieden. Man wollte damit ein Machtvakuum wie nach dem amerikanischen Einmarsch in Bagdad verhindern. Dass die Schweiz da ziemlich an vorderster Front mitmischte, wissen nur die allerwenigsten.

Jedenfalls waren selbst die libyschen Islamisten dem Westen für sein Eingreifen dankbar. Noch nie hat es das in der arabischen Welt gegeben: dass Tausende Menschen mit den Fahnen Frankreichs, der Uno, Spaniens, Grossbritanniens und manchmal sogar der USA durch die Strassen zogen. Ich habe viele dieser Demonstrationen erlebt, und sie haben mich tief ergriffen. Da tat sich dem Westen eine Chance auf, die arabischen Herzen für sich zu gewinnen. Leider haben unsere Politiker diese einmalige Gelegenheit verspielt. Die westliche Solidarität äusserte sich aber nicht nur in militärischer Unterstützung, sondern auch in Form von humanitärer Hilfe. Selbst Deutschland nahm am Schluss libysche Verwundete auf. Nach Ghadhafis Tod hatten freie Wahlen also leichtes Spiel. Und die Islamisten standen auf verlorenem Posten. Was wir daraus lernen sollten: Der Aufstieg der Islamisten ist nicht gottgegeben und unvermeidbar. Der Westen kann viel tun, um den Bärtigen die Machtübernahme zu erleichtern, er kann ihnen aber auch das Wasser abgraben. Für Staaten, die am Ende einer jahrzehntealten Diktatur stehen, ist Demokratie nur dann eine attraktive Option, wenn die grossen westlichen Demokratien mit gutem Beispiel vorangehen, wenn

Bekanntnissen zu Menschenrechten auch entsprechende Taten folgen. Kurz: wenn Demokratien glaubwürdig handeln.

Lassen Sie es mich ganz klar ausdrücken: Jene Europäer, die sich wie die Deutschen aus jedem Konflikt heraushalten wollen, jene Menschen, für die die gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung nach dem Primat der Diplomatie und nach sogenannten politischen Lösungen ein Feigenblatt für ihr Nichtstun, also diese Menschen können vielleicht eine Zeitlang besser schlafen als andere.

Nur sind Nichtstun und Weggucken eben nicht kostenlos. Europa hat ein strategisches Interesse, dass jenseits des Mittelmeers wieder Stabilität einkehrt. Das ist aber nur möglich, wenn die dortigen Volkswirtschaften wieder wachsen. Die in Tunesien und Ägypten regierenden Islamisten sind unfähig, drängende Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit zu lösen. Allein mit Almosen, dem ständigen Gezerre um die Scharia, der Abschaffung von Zinsen oder der Verbannung von Alkohol aus Duty-free-Shops an Flughäfen schafft man keine Arbeitsplätze und kein Wirtschaftswachstum, weder in Tunesien und Ägypten noch anderswo. Als Folgen drohen Armutsmigration, Instabilität und Anfälligkeit für Extremismen jeder Art. Spätestens, wenn Migranten aus Nordafrika und dem Nahen Osten scharenweise bei uns eintreffen, werden die Isolationisten realisieren, dass uns die Entwicklungen jenseits des Mittelmeers nicht egal sein können.

In Tunesien und Ägypten sind die regierenden Muslimbrüder zudem nicht willens, sich den radikalsten Elementen in den eigenen Reihen entgegenzustellen. In Tunesien zum Beispiel gebärden sich radikale Salafisten inzwischen so, als ob die Gesetze für sie nicht gälten, und al-Kaida hat sich an der Grenze zu Algerien bereits fest eingenistet. Weil die Regierung in Libyen schwach und inkompetent ist, besteht auch dort ein Machtvakuum, das von lokalen Milizen gefüllt wird. Solche Vakua ziehen natürlich auch Terroristen von al-Kaida an. Ähnliches ist in Syrien zu beobachten, wobei dort noch zusätzlich die reale Gefahr droht, dass Asads Chemiewaffen in die Hände von Terroristen fallen oder in die Nachbarstaaten gelangen könnten.

Al-Kaida ist das Reizwort schlechthin, das im Westen bei der Beurteilung des «arabischen Frühlings» eine immer grössere Rolle spielt. Dabei sah es bei Revolutionsbeginn noch so aus, als ob das Terrornetzwerk zu den grossen Verlierern des «arabischen Frühlings» zählen würde.

In der westlichen Wahrnehmung von al-Kaida hat sich in den letzten Jahren einiges zum Schlechten verändert. Als George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September die Welt in das Lager der «good guys» und in jenes von Al-Kaida aufteilte, wurde gerade in Europa noch viel Kritik an dieser Anmassung laut. Heute ist das anders. Viele Leute im Westen – und darunter auch viele der ehemaligen Bush-Gegner – sehen die Welt inzwischen durch genau diese Schwarz-Weiss-Brille: Entweder ihr seid für uns oder eben gegen uns, das heisst, ihr steht auf der Seite der radikalen Islamisten und Demokratiefeinde.

Und wenn heute zum Beispiel Schauermärchen über die syrische Al-Kaida-Filiale durchs Internet geistern, verstellt diese Schwarz-Weiss-Brille die Sicht auf die vielen Grautöne, die eben die Realität ausmachen. Damit vergibt man sich die Chance, zu ergründen und zu verstehen, warum die Islamisten und al-Kaida in Syrien so leicht Fuss fassen konnten.

Auch hier möchte ich Ihnen zwei Beispiele geben: Auf meinen letzten beiden Reisen nach Syrien bin ich mehrfach mit Mitgliedern der sogenannten Unterstützungsfront zusammengekommen, einer islamistischen Rebellengruppe, die man heute gemeinhin als die syrische al-Kaida bezeichnet. Die Mitglieder dieser Gruppe, auf Arabisch Jabhat an-Nusra, mögen Extremisten sein, aber sie haben mir, dem westlichen Journalisten kein Haar gekrümmt. Das wäre bei Al-Kaida-Filialen in der Sahara, in Pakistan, Jemen oder im Irak wohl ganz anders gewesen. Und obwohl sich die Unterstützungsfront offiziell dem Kommando von al-Kaida unterstellt hat und seit Dezember auf der Terrorliste der USA steht, hat sie doch noch nie ein westliches Ziel angegriffen. Mit den bärtigen Terroristen und Kidnappern, die zum Beispiel in der Sahara Angst und Schrecken verbreiten, hat die syrische al-Kaida zumindest im Moment recht wenig gemeinsam.

Und da ist noch diese andere Salafistengruppe in Syrien, die vielleicht zweitstärkste islamistische Kampforganisation nach der Unterstützungsfront. Sie nennt sich Ahrar ash-Sham. Viele ihrer Mitglieder machen aus ihrer Bewunderung für al-Kaida kein Hehl, auch wenn die Gruppe nicht Teil des Terrornetzwerks ist. Und ausgerechnet eine solche Extremistengruppe befreit ein entführtes amerikanisches Fernsehteam und bringt es unversehrt zur türkischen Grenze. Eine verkehrte Welt, könnte man meinen.

Wenn es nach den Leitmedien geht, gibt es zwischen dem libyschen Bürgerkrieg und dem syrischen kaum Parallelen. Tatsächlich gibt es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten, doch lassen sich aus den libyschen Erfahrungen durchaus einige Lehren für Syrien ziehen.

Wie Libyen blickt Syrien auf rund 40 Jahre Diktatur zurück. Wer in einem derart repressiven System aufgewachsen ist, traut allenfalls den engsten Familienmitgliedern und vielleicht ein paar Leuten im eigenen Dorf oder Stadtviertel. Das ist der Grund, warum sich der Widerstand in Libyen und Syrien ausschliesslich auf lokaler Ebene formiert hat. Darum ist es in Libyen und in Syrien zu diesen Myriaden von unterschiedlichsten Rebellengruppen, Bataillonen und Brigaden gekommen.

Unter dem Luftschirm der Nato konnte sich in Libyen eine Gegenregierung etablieren, die den Anschein zu erwecken versuchte, all diese Kampfgruppen zu kontrollieren. Weil die Waffenlieferungen der Alliierten über diesen sogenannten Übergangsrat erfolgten, hatte die Gegenregierung durchaus einen gewissen Einfluss.

In Syrien unterstützt der Westen dagegen eine zersplitterte Exilopposition, die sich zuerst in der Türkei und später in Kairo niederliess. Die Exponenten dieser sogenannten Nationalen Koalition reisen so gut wie nie in ihr Land, u.a., weil es keine Flugverbotszone über Syrien gibt. Dementsprechend unbekannt sind diese Politiker in Syrien. Sie werden bestenfalls belächelt. Einfluss hat die Nationale Koalition kaum. Und damit auch der Westen nicht.

Die Demonstranten gegen Asad haben länger friedlich manifestiert als die libyschen Revolutionäre, die relativ rasch zu den Waffen griffen. Und obwohl Asads Vorgehen noch grausamer als jenes der Ghadhafi-Anhänger war, krümmte der Westen keinen Finger.

Asad war am Anfang ziemlich vorsichtig, er wollte keine Intervention provozieren. Wie mir ein syrischer Rebellenoberst kürzlich erzählte, testete er die Reaktion des Westens vor jedem weiteren Eskalationsschritt. Der Oberst sagte mir: Zuerst schossen die Soldaten mit leichten Waffen auf die Demonstranten, dann mit schweren Maschinengewehren, dann kamen Schützenpanzer und Kampfpanzer, dann wurde Artillerie gegen Wohnviertel eingesetzt.

Dann kam es zu mehreren grossen Massakern. Nur ganz wenige westliche Medien machten sich die Mühe, zum Beispiel das Massaker in der Ortschaft Hula zu untersuchen. Andere fielen auf Asads Kriegspropaganda herein. Immer, wenn in Syrien etwas besonders Schlimmes geschieht, sei es ein Massaker, ein Selbstmordattentat mit zivilen Opfern, ein angeblicher Giftgasangriff usw., dann macht das Regime die «Terroristen» dafür verantwortlich. Die Rebellen machen es ähnlich, einfach umgekehrt, doch hat es Asads Propagandamaschinerie geschafft, unter den westlichen Medien ernsthafte Zweifel an den Behauptungen der Opposition zu wecken. So ernsthafte Zweifel, dass Medien und selbst die ehemalige Bundesanwältin Carla Del Ponte sogar davon sprechen, dass die Rebellen das Nervengas Sarin eingesetzt hätten.

Nun, nach den Massakern begannen die Luftangriffe. Als klar war, dass Asad nicht mit der Einrichtung einer Flugverbotszone rechnen musste, wurden die Luftangriffe von Aleppo auf praktisch das ganze Land ausgedehnt. Seit Dezember setzt Asad ballistische Scud-Raketen mit einer Reichweite von bis zu 550 Kilometern vor allem gegen Aleppo und kleinere Ortschaften im Norden des Landes ein. Weil eine westliche Reaktion auf all diese Eskalationsschritte ausblieb, erwartet der Rebellenoberst nun auch Angriffe mit C-Waffen. Tatsächlich gibt es Indizien dafür, wenn auch keine harten Beweise, dass Giftgas in kleineren Mengen eingesetzt wurde.

Das Abseitsstehen des Westens und besonders der USA hat mehrere fatale Folgen. Erstens fühlt sich Asad ermuntert, den Krieg weiter zulassen, weil er keine Reaktion befürchten muss. Bereits haben seine Truppen damit begonnen, den alawitisch dominierten Küstenstreifen am Mittelmeer von Sunniten «ethnisch zu säubern». Zweitens fühlen sich die bewaffneten und unbewaffneten Oppositionellen vom Westen verraten. Demokratie hat keine Leuchtkraft, wenn man von den grossen Demokratien im Stich gelassen wird. Für viele Oppositionelle sind Demokratie und freie Wahlen keine Optionen mehr für die Zukunft. Dafür wirft man sich den Islamisten in die Arme. Drittens hat das Abseitsstehen des Westens radikalen Gruppen wie al-Kaida und Tausenden ausländischen Jihadisten Tür und Tor geöffnet. Syrien wird immer mehr zum Tummelplatz solcher Gruppen. Dies ist schon allein deshalb eine grosse Gefahr, weil Organisationen mit Verbindungen zu al-Kaida Teile der syrischen C-Waffen-Arsenale unter ihre Kontrolle bringen könnten.

Viertens hat das Ausbleiben von humanitärer Hilfe in jenen Landesteilen, die vom Widerstand kontrolliert werden, jeden Respekt vor der humanitären westlichen Tradition verschwinden lassen. Das fast vollständige Fehlen von humanitärer Hilfe ist eine Schande für den Westen. Ich bereise seit fast 30 Jahren Kriegsgebiete in aller Welt, aber ein solches Fiasko habe ich noch nie erlebt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zum Beispiel hat noch nicht einmal ernsthaft versucht, die beiden Konfliktparteien davon zu überzeugen, ihre Kriegsgefangenen ein bisschen humaner zu behandeln. In anderen Bürgerkriegen, die nicht weniger riskant sind als der syrische, gehören solche Erziehungsmassnahmen zum Standardhilfspaket des IKRK.

Nichtstun und Weggucken verursachen hohe Kosten. Der Westen hat die Herzen und Seelen der Syrer verloren. Heute ist guter Rat deshalb teuer. Wie der «Economist» kürzlich schrieb, gibt es keine «guten Handlungsoptionen» mehr. Das war noch vor einem Jahr ganz anders.

Aber selbst wenn es zu einem späten Umdenken im Westen kommt, bin ich mir nicht sicher, ob man Syriens Reise in den Abgrund noch stoppen kann. Trotzdem möchte ich auf ein paar Massnahmen hinweisen, die das Blatt vielleicht doch noch wenden könnten. In diesem Zusammenhang sprechen die Medien immer wieder von einer Militärintervention. Es wird so getan, als ob es zwischen Intervention und Nichtstun nicht noch viele andere Handlungsoptionen gäbe.

Was zu tun wäre:

1. In Syrien haben mehr als 4 Millionen Menschen ihre Wohnorte verlassen. Ein kleiner Teil davon ist ins Ausland geflüchtet, die Mehrheit irrt dagegen im Landesinnern umher. Westliche Hilfswerke haben sich bisher fast ausschliesslich auf die Flüchtlinge in den Nachbarländern konzentriert. Das ist falsch und kontraproduktiv. Not tut eine massive humanitäre Hilfsaktion im syrischen Landesinnern. Das Ziel einer solchen Aktion wäre nicht allein humanitärer, sondern auch politischer Natur: Es geht darum, in Syrien Freunde zu gewinnen. Hilfswerke, die seit vielen Jahren mithilfe lokaler Mitarbeiter in schwierigen Konfliktzonen wie Somalia oder Kongo operieren, können das auch in Syrien tun – wenn sie nur wollen. Aleppo liegt eine Autostunde von der

türkischen Grenze entfernt. Das hohe Risiko, in Syrien aktiv zu werden, ist eine faule Ausrede der Hilfswerke, um ihr Nichtstun zu rechtfertigen.

2. Moderate Rebellengruppen sollten im Ausland, zum Beispiel in Jordanien und in der Türkei, nicht nur militärisch ausgebildet werden, sondern auch in Sachen Menschenrechte und Kriegsrecht.

3. Die Rebellen müssen bewaffnet werden. Dabei lässt sich das Risiko, dass Waffen in die Hände von radikalen Islamisten und Kriegsverbrechern geraten, nicht ausschliessen. Waffen, die es in Syrien ohnehin schon gibt (also in erster Linie Material aus der ehemaligen Sowjetunion), stellen ein kleineres Problem dar als zum Beispiel moderne Flugabwehrwaffen. Solche gelenkten Raketen können jedoch mit Mechanismen versehen werden, die eine Verwendung ausserhalb Syriens oder nach einem bestimmten «Verfallsdatum» verhindern – also zum Beispiel gegen Verkehrsflugzeuge im Ausland. Waffenlieferungen sollten dem politischen Ziel dienen, die Rebellen unter einem einheitlichen Kommando und unter einer Gegenregierung zu vereinen und den Einfluss der Islamisten zurückzudrängen. Auch hier geht es darum, dass der Westen Freunde in Syrien gewinnt. Dieses wichtige Ziel kann man nicht an Staaten wie Saudiarabien und Katar delegieren.

4. Eine Flugverbotszone im Norden von Syrien liesse sich schon mit den Patriot-Raketen der Nato in der Türkei und relativ wenigen Kampfflugzeugen teilweise durchsetzen. Weil der Uno-Sicherheitsrat wegen des russischen Vetos nicht mitmachen wird, müsste eine solche begrenzte Operation wohl unter dem Schirm der Arabischen Liga erfolgen. Ziel müsste es nicht unbedingt sein, jede Flugbewegung von Asads Luftwaffe zu verhindern, sondern die syrischen Piloten das Fürchten zu lehren. Das würde Asads wichtigsten Trumpf, seine Luftwaffe, nicht völlig ausschalten, aber doch weitgehend entwerten. Das syrische Kriegsmaterial ist ausnahmslos alt und keine Herausforderung für westliche Kampfflugzeuge. Dass Israels Luftwaffe ungestört über Damaskus operieren kann, zeigt das eindeutig. Wenn Asads Luftwaffe auch nur teilweise ausser Gefecht gesetzt wäre, müsste sich das Regime schon bald ernsthafter als bisher auf Friedensverhandlungen einlassen. Gespräche sind aber nur sinnvoll, wenn es auf der Seite des Widerstands einen echten Gesprächspartner gibt. Darum ist Punkt 3 so wichtig, also einer Gegenregierung mit Waffenlieferungen zum Durchbruch innerhalb der zersplitterten Opposition zu verhelfen.

Vielleicht liesse sich mit solchen Massnahmen der Absturz ins totale Chaos noch verhindern. Vielleicht könnte man damit auch noch in letzter Minute verhindern, dass sich der sich anbahnende Religionskrieg zwischen Sunniten einerseits und Schiiten bzw. Alawiten andererseits von Syrien auf Libanon und den Irak ausweitet. Ein regionaler Religionskrieg ist genau das, was al-Kaida und Asad wollen.

Vielleicht ist es für eine Wendung zum Besseren aber auch schon zu spät. Dann würde kein Auge trocken bleiben, auch nicht bei uns in Europa. Syriens Alawiten und Christen müssten früher oder später flüchten. Wir hätten es dann mit mindestens 8–10 Millionen Flüchtlingen zu tun statt «bloss» mit 4 Millionen. Und am schlimmsten vielleicht: Aus dem «arabischen Frühling» wäre ein Winter geworden. Revolution führt ins Chaos, wäre das Fazit für die Araber. Profitieren würden davon vor allem Staaten wie Saudiarabien und die Golfemirate, die den Ruf nach Demokratie so fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Lassen Sie es mich zum Schluss ganz klar sagen: Alle Beobachter sind sich darin einig, dass sich die Lage in Syrien innerhalb der letzten zwölf Monate drastisch verschlechtert hat. In dieser Zeit glänzte der Westen durch Abwesenheit, man wollte sich möglichst nicht einmischen. Das Resultat sehen wir heute. Nichtstun birgt von allen Handlungsoptionen die höchsten Risiken.